

Ausschuß für Kommunalpolitik

## Protokoll

27. Sitzung (nicht öffentlich)

03. Februar 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.00 Uhr bis 14.10 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dr. Twenhöven (CDU)

Stenographin: Zinner

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

#### 1 Landesentwicklungsplan - neue Aufgaben/neue Wege

1

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 11/1809

Der Ausschuß gibt gegen die Stimme der Vertreterin der GRÜNEN folgende Stellungnahme ab:

Der kommunalpolitische Ausschuß begrüßt die Zielsetzung des Antrags, die Entwicklungsspielräume und die Planungsflexibilität der Gemeinden zu erhalten und möglichst zu erhöhen.

**2 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes und  
des Landesentwicklungsprogramms**

3

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/3042

Der Gesetzentwurf wird ohne Diskussion mit den Stimmen der SPD und der CDU gegen die Stimmen des Vertreters der F.D.P. und der Vertreterin der GRÜNEN abgelehnt.

**3 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes**

3

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/3759

Nach kurzer Diskussion wird dem Braunkohlenteil dieses Gesetzentwurfes mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen des Vertreters der F.D.P. und der Vertreterin der GRÜNEN bei Enthaltung der CDU zugestimmt.

**4 Errichtung von Bodenmeßnetzen**

4

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/609

Nach einer Diskussion hauptsächlich zum Verfahren wird der Antrag mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung des Vertreters der F.D.P. und der Vertreterin der GRÜNEN abgelehnt.

**5 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG) für das Schuljahr 1993/94**

6

Vorlagen 11/1628 und 11/1971

Nach kurzer Diskussion wird der Verordnung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU, des Vertreters der F.D.P. und der Vertreterin der GRÜNEN zugestimmt.

**6 Den europäischen Energiemarkt gestalten**

7

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 11/3876

Nach Diskussion stimmt der Ausschuß Ziffer 5 des Antrags bei Enthaltung der Vertreterin der GRÜNEN zu.

Im übrigen wird dem Antrag mit den Stimmen der SPD gegen die Stimme des Vertreters der F.D.P. bei Enthaltung der CDU und der Vertreterin der GRÜNEN zugestimmt.

**7 Vorsorgender Verbraucherschutz: Motor für Wirtschaft und Umwelt**  
**Konzept für die Verbraucherpolitik 2000 in NRW** 9

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 11/4522

LMR Dr. Gelberg (MWMT) erstattet Bericht. Daran schließt sich eine Diskussion an.

Dem Antrag wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und des Vertreters der F.D.P. bei Enthaltung der Vertreterin der GRÜNEN zugestimmt.

**8 Verschiedenes**

- a) **Abgeordneter Thulke (SPD) zur Genehmigung der Ausschußreise nach Brandenburg** 13
- b) **Abgeordneter Ruppert (F.D.P.) zu Inhalt und Zeitpunkt der Vorlage der künftigen Regelung zur Verteilung von Asylbewerbern unter Berücksichtigung der Aussiedler in den Kommunen** 13
- c) **Abgeordneter Thulke (SPD) zu Anhörungen** 14
- d) **Berichtigung des Ausschußprotokolls 11/715** 14

Nächste Sitzung: 17. März 1993

## 2 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes und des Landesentwicklungsprogramms

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/3042

**Vorsitzender Dr. Twenhöven** teilt mit, der Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion sei ebenfalls im federführenden Umweltausschuß schon behandelt worden; er sei mehrheitlich abgelehnt worden. Er werde die zu Tagesordnungspunkt 1 angemeldete Kritik in seinem Schreiben an den Vorsitzenden des Umweltausschusses auch auf diesen Gesetzentwurf beziehen.

## 3 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/3759

**Vorsitzender Dr. Twenhöven** schickt voraus, daß der federführende Umweltausschuß in seiner heute parallel stattfindenden Sitzung lediglich die Vorschriften zum Braunkohlenplanverfahren abschließend beraten, den übrigen Gesetzentwurf aber "auf Eis legen" wolle, bis eine entsprechende Regelung der Bundesregierung vorliege. - Der Braunkohlenteil werde in der nächsten Plenarsitzungswoche abschließend behandelt.

Auf den Hinweis des **Abgeordneten Ruppert (F.D.P.)**, daß laut Tagesordnung die Landesregierung eine Stellungnahme abgebe, erwidert **Vorsitzender Dr. Twenhöven**, entsprechend einer Vereinbarung des Ältestenrates dürften die Vermerke "Aufnahme der Beratung" und "Abschluß der Beratung" nicht mehr in die Tagesordnung aufgenommen werden.

**Abgeordneter Wilmbusse (SPD)** macht darauf aufmerksam, daß dadurch Schwierigkeiten sowohl in der Vorbereitung der Sitzung als auch in bezug auf die Mehrheitsverhältnisse bei der Abstimmung auftreten könnten. Wenn der Ältestenrat so be-

geschlossen habe, könne der Ausschuß zwar nicht davon abweichen, er, Wilmbusse, bitte den Vorsitzenden aber darum, gelegentlich darauf Rücksicht zu nehmen, daß seine Fraktion ihrer Stärke entsprechend vertreten sein könne.

**Vorsitzender Dr. Twenhöven** sichert zu, nach einer Lösung zu suchen, und **Abgeordnete Höhn (GRÜNE)** kündigt an, im Ältestenrat nach dem Sinn dieses Beschlusses zu fragen.

Zur Sache äußert **Abgeordneter Wilmbusse (SPD)**, daß seine Fraktion gegen den Braunkohlenteil keine Bedenken habe, wohl aber gegen Teile, die heute nicht zur Debatte stünden. Mit der Trennung erklärt er sich einverstanden, sie sei lediglich eine Zweckmäßigkeitsfrage.

**Abgeordneter Leifert (CDU)** teilt mit, seine Fraktion werde zur Braunkohlenplanung im federführenden Ausschuß Änderungsanträge betreffend § 32 Abs. 1 - Einbindung des Braunkohlenausschusses in die "Prüfungen erheblicher Fragen" - und betreffend § 34 Abs. 1 - Genehmigung von Braunkohlenplänen im Einvernehmen mit dem für die Landesplanung zuständigen Ausschuß des Landtags - stellen.

#### **4 Errichtung von Bodenmeßnetzen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/609

**Vorsitzender Dr. Twenhöven** teilt mit, daß auch dieser Antrag in der nächsten Plenarsitzungswoche abschließend behandelt werde. Der federführende Umweltausschuß befaße sich mit dem Antrag in seiner heutigen, parallel laufenden Sitzung.

**Abgeordneter Leifert (CDU)** trägt vor, nach Ansicht seiner Fraktion könnten Bodenmeßnetze in der Umgebung von Müll- und Sondermüllverbrennungsanlagen und die kontinuierliche Offenlegung der Werte die Akzeptanz dieser Anlagen beträchtlich